

Das Bündnis

Bis 2023 gehörte die Politikerin Sahra Wagenknecht zur Partei Die Linke. Aber dann gab es so viel Streit, dass sie die Partei verließ und eine eigene gründete.



Bündnis
Sahra
Wagenknecht

Frau Wagenknechts Partei

Sahra Wagenknecht hat ihre Partei nach sich selbst benannt: Bündnis Sahra Wagenknecht. Auf der Internetseite des BSW heißt es, ihre Politik soll vernünftig und gerecht sein. Das Bündnis will beispielsweise, dass sehr reiche Leute mehr Steuern zahlen. Das fordert auch Die Linke. „Bei anderen Themen ist das BSW eher konservativ“, erklärt Experte Frank Decker. „Diese Mischung ist ihre Besonderheit.“ Es sei schwierig die Partei einzuschätzen, weil es sie noch nicht lange gibt. Trotzdem war sie 2024 bei der Europawahl und drei Landtagswahlen schon erfolgreich.

Steckbrief

Name Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)
Gegründet 2024
Mitglieder Zwischen 600 und 1000. Die genaue Zahl ist bisher nicht bekannt.
Sitze im Bundestag 10

Wirtschaft

Ähnlich wie Die Linke will das BSW, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Lohn bekommen. Außerdem soll der Staat sich in Wirtschaftsfragen stärker einmischen. Er soll etwa dafür sorgen, dass sehr große Unternehmen wie Amazon, Meta (Instagram, Whatsapp...) oder Microsoft nicht mehr so viel Macht haben und höhere Steuern bezahlen.

Einwanderung

Wenn es um Flüchtlinge geht, steht das BSW auf der Seite der Konservativen: Es sollen weniger Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland kommen. Egal, ob sie hier arbeiten wollen oder Schutz - Asyl - suchen. Die Partei befürchtet, dass zu viele Einwanderer die Menschen in Deutschland überfordern.

Krieg

Bei diesem Thema ist das Bündnis ganz klar: Die Bundesregierung soll der Ukraine keine Waffen mehr liefern, um sich gegen Russland zu verteidigen. Sie will, dass so schnell wie möglich Friedensgespräche mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin geführt werden. Auch sonst will die Partei, dass wieder mehr mit Russland gesprochen wird. Zum Beispiel über die Sicherheit in Europa. Außerdem sollen deutsche Soldaten nicht im Ausland eingesetzt werden.



Amira Mohamed Ali ist neben Sahra Wagenknecht Parteivorsitzende.

Familien, Jugendliche und du

Beim Thema Bildung geht es dem Bündnis wieder um soziale Gerechtigkeit: In Deutschland sollen alle Menschen die gleichen Chancen auf eine gute Ausbildung haben.

Sahra Wagenknecht tritt sogar offiziell als Kanzlerkandidatin an - auch wenn die Partei zugibt, dass kaum eine Chance auf dieses Amt besteht.

